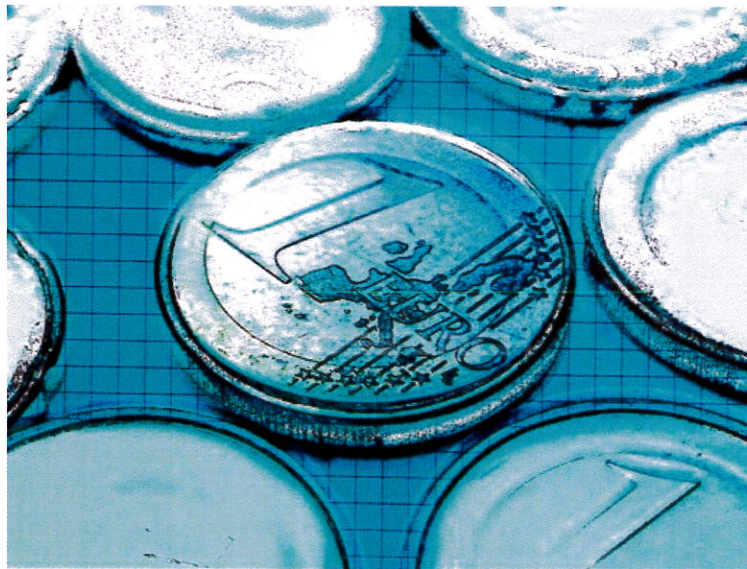


Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage



Stand: 31.12.2016

Stadt Biberach - Kämmergeiamt

1. Ausgangssituation

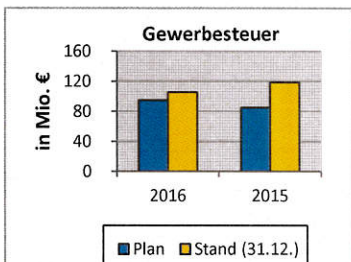
Die vom Gemeinderat am 17.12.2015 beschlossene Haushaltssatzung 2016 wurde am 20.01.2016 vom Regierungspräsidium Tübingen genehmigt und am 17.02.2016 öffentlich bekannt gemacht.

In regelmäßigen Abständen wird der Gemeinderat über die aktuelle Haushaltssituation in Form eines Berichts informiert.

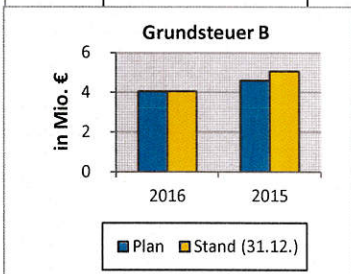
2. Wesentliche Planabweichungen

2.1 Verwaltungshaushalt

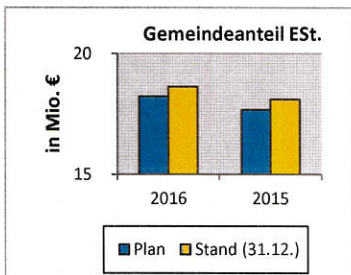
2.1.1 Erträge



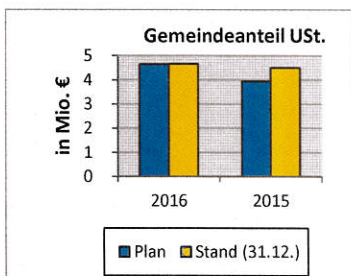
Das **Gewerbesteuer**aufkommen liegt zum Jahresende um 10,30 Mio. € über dem Planansatz (95,00 Mio. €). Aufgrund der Anpassung von Vorauszahlungen im 4. Quartal 2016 hat sich das Ergebnis zum Jahresende deutlich verbessert. Nach Abzug der aktuell zu erwartenden Gewerbesteuerumlage von 22,00 Mio. € ergibt sich ein Netto-Aufkommen von 83,31 Mio. € gegenüber 75,14 Mio. € in der Planung.



Die Jahresveranlagungen bei der **Grundsteuer A und B** verlaufen planmäßig. Für ausstehende Neubewertungen ist erst mit einer Veranlagung im Folgejahr zu rechnen.



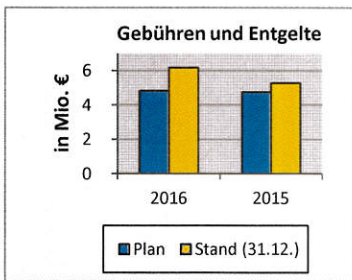
Bei der **Vergnügungssteuer** rechnen wir aufgrund der anhaltend hohen Einspielergebnisse bei weitgehend konstant bleibender Anzahl von Spielgeräten mit höheren Erträgen von 236.000 €.



Nach aktueller Mitteilung des Finanzministeriums beläuft sich das Landesaufkommen des **Gemeindeanteils an der Einkommensteuer** voraussichtlich auf 5,82 Mrd. €. Das führt zu höheren Erträgen von rd. 1,06 Mio. €. Bei der Haushaltsplanung war ein Landesaufkommen von 5,50 Mrd. € unterstellt. Die Entwicklung des Aufkommens hat sich damit gegenüber der November-Steuerschätzung nochmals verbessert.

Das Landesaufkommen des **Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer** erhöht sich nach dem Haushaltserlass für das Jahr 2017 auf 675 Mio. €. Damit sind höhere Erträge von rd. 105.000 € verbunden. Bei der Haushaltsplanung wurde noch von 660 Mio. € ausgegangen. Die Abrechnung für das Jahr 2016 steht aber noch aus.

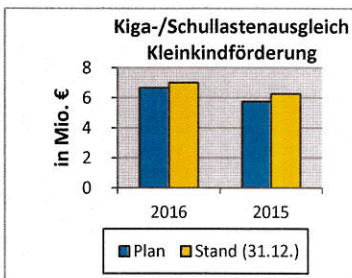
Aufgrund höherer Einwohnerzahlen und höherer Kopfbeträge vom Land ergeben sich für die Stadt bei den **Schlüsselzuweisungen** höhere Erträge von rd. 284.000 €. Die **sonstigen Zuwendungen nach dem Finanzausgleichsgesetz** (FAG) verlaufen weitgehend planmäßig.



Bei den **Gebühren und Entgelten** gehen wir von höheren Erträgen von insgesamt 1,34 Mio. € aus. Insbesondere einige größere Bauprojekte haben zu höheren Erträgen von rd. 870.000 € bei den Baugenehmigungsgebühren geführt. Geringere Erträge sind bei den Kindergartengebühren und den Ablösungen für Stellplätze zu verzeichnen.

Bei den **Erträgen aus Mieten und Pachten** sowie den **Ersätzen** rechnen wir insgesamt mit rd. 350.000 € mehr. Diese setzen sich neben höheren Mieterträgen, Schadensersatzes und Erstattungen bei Mutterschaft und Beschäftigungsverboten, insbesondere aus zahlreichen kleineren Erträgen, verteilt über den gesamten Haushalt, zusammen.

Die **Inneren Verrechnungen** sind bisher nur teilweise bewirtschaftet und gleichen sich durch entsprechend niedrige Aufwendungen wieder aus.



Bei den Erträgen aus dem **Kindergarten- und Schullastenausgleich** sowie bei der **Kleinkindförderung** ist mit höheren Einnahmen von insgesamt 330.000 € zu rechnen. Dies ist auf höhere Zuweisungsbeiträge für Kleinkinder einerseits sowie die ordentliche Erhöhung der Sachkostenbeiträge andererseits zurückzuführen.

Mit dem anhaltend niedrigen Zinsniveau lassen sich keine ordentlichen Renditen mehr erwirtschaften. Die Planung der **Zinsen aus Geldanlagen** war deshalb entsprechend zurückhaltend ausgelegt. Zum Jahresende können nun 130.000 € höhere Zinserträge verzeichnet werden.

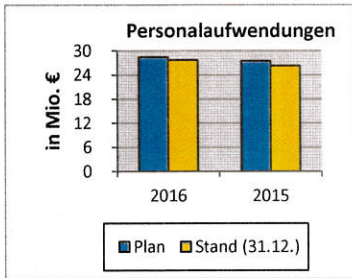
Im Bereich **Konzessionsabgaben** liegen die laufenden Abschlagszahlungen derzeit etwas über dem Planansatz. Die endgültige Abrechnung wird zeigen, ob das Niveau gehalten werden kann.

Das Ergebnis der Forstwirtschaft und damit auch der **Anteil der Stadt am Reinertrag** wird sich gegenüber der Planung nach vorläufiger Abrechnung voraussichtlich um 88.000 € verbessern.

Bei den **weiteren Finanzerträgen** gehen wir von Mehreinnahmen von insgesamt rd. 795.000 € aus. Darunter fallen insbesondere die Erträge aus der **Vollverzinsung** der Gewerbesteuer aufgrund von Nachzahlungen aus Betriebsprüfungen des Finanzamtes, die nicht geplant werden können. Darin enthalten sind auch höhere Erträge bei den **Bußgeldern**.

Die **kalkulatorischen Einnahmen** werden erst im Rahmen des Jahresabschlusses verbucht. Diesen Einnahmen stehen dann in den verschiedenen Unterabschnitten Ausgaben in gleicher Höhe in Form von Abschreibung und Verzinsung gegenüber.

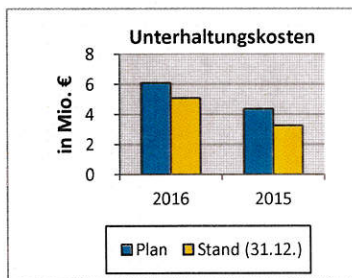
2.1.2 Aufwendungen



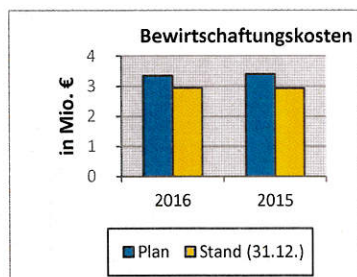
Aktuell geht das Hauptamt bei den **Personalaufwendungen** von einer Unterschreitung des Planansatzes von rd. 660.000 € aus. Die tariflichen Erhöhungen sind insgesamt geringer ausgefallen als bei der Haushaltsplanung vom Hauptamt unterstellt wurde. Zudem erfolgten Neu- und Wiederbesetzungen teilweise später als ursprünglich vorgesehen.

Seit dem Jahr 2005 bildet die Stadt Biberach Rückstellungen für Altersteilzeit, die in den Planansätzen der Personalaufwendungen enthalten sind. Die Höhe der notwendigen Zuführungen oder Auflösungen der Rückstellungen werden am Jahresende vom Hauptamt ermittelt.

Daneben bildet die Stadt seit 2006 zweckgebundene Rücklagen für die Beihilfe- und Pensionslasten der Beamten. Die Höhe der notwendigen Zuführungen oder Auflösungen der Rücklagen, welche über den Vermögenshaushalt abzuwickeln sind, werden zum Jahresende vom Kommunalen Versorgungsverband ermittelt.



Bei den Maßnahmen für die **Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude** wurden bislang insgesamt 83,07 % (Vorjahr: 74,35 %) bewirtschaftet. Allerdings werden noch Mittel für die restliche Abwicklung der Hochwasserschäden ins Folgejahr übertragen. Insgesamt rechnen wir mit einer Unterschreitung von rd. 700.000 €. Dabei wurden im Bereich der **Gebäudeunterhaltung** bisher 90,30 % (Vorjahr: 85,92 %) der Mittel verbraucht. Für die **Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze** wurden bisher 68,44 % (Vorjahr: 65,50 %) der Mittel benötigt.



Die **Bewirtschaftungskosten** haben einen Stand von 87,73 % (Vorjahr: 86,14 %) des Planansatzes erreicht. Nach Auskunft des Gebäudemanagements können bei den Heizkosten Einsparungen aufgrund des neuen Gasvertrages in Höhe von rd. 80.000 € erzielt werden. Die Endabrechnungen für das Jahr 2016 stehen noch aus.

Die **Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen** sind bisher mit 74,98 % (Vorjahr: 72,60 %) bewirtschaftet. Derzeit gehen wir insgesamt von einem weitgehend planmäßigen Verlauf aus. Überschreitungen bei der Öffentlichkeitsarbeit, Aufwendungen für repräsentative Zwecke, Projekten und der Obdachlosenunterbringung können durch Einsparungen bei Aufwendungen für Beratung und Gutachten und durch geringere Sachkosten für den Winterdienst kompensiert werden.

Die **Steuern und Geschäftsaufwendungen** sind bisher mit 103,76 % (Vorjahr: 105,07 %) bewirtschaftet. Die Überschreitungen resultieren ausschließlich aus höheren Honoraren bei der Volkshochschule und Musikschule und sind Bestandteil des Kulturbudgets.

Bei den **Zuschüssen für laufende Zwecke** wurden für die Einführung des Stadtpasses (100.000 €) und die Hochwasserhilfe (250.000 €) insgesamt 350.000 € außerplanmäßig bereitgestellt, davon sind aber nur rd. 100.000 € bewirtschaftet.

Die Abrechnung mit den freien Trägern für die Kindertagesstätten erfolgt turnusgemäß im Folgejahr. In welchem Umfang die Verträge mit den freien Trägern hinsichtlich der Krippen noch zu höheren Aufwendungen führen werden, ist vom Fachamt noch nicht beziffert.

Bedingt durch die höheren Erträge bei der Gewerbesteuer ergeben sich bei der **Gewerbesteuerumlage** höhere Aufwendungen von rd. 2,13 Mio. €. Die **Kreisumlage** verläuft planmäßig. Die **FAG-Umlage** an das Land reduziert sich um 253.000 €, da sich der Umlagesatz aufgrund höherer Einwohnerzahlen und einem höheren Grundkopfbetrag verringert hat.

Aus der Vollverzinsung der Gewerbesteuer sind aufgrund der hohen Rückerstattungen höhere **Erstattungszinsen** von rd. 2,60 Mio. € entstanden. Eine verlässliche Planung ist hier im Vorfeld nicht möglich.

Im Verwaltungshaushalt wurden bisher insgesamt 2.777.099 € (Vorjahr: 655.318 €) an **über- und außerplanmäßigen Aufwendungen** bewilligt, insbesondere für die Beseitigung von Hochwasser- und Hagelschäden sowie Hochwasserschutzmaßnahmen. Die haushaltsmäßige Deckung der Mehraufwendungen wurde in jedem Einzelfall nachgewiesen.

2.1.3 Entwicklung des Kulturbudgets

Das Kulturbudget besteht seit dem Jahr 2011 aus einem Abmangelbudget und beläuft sich im Jahr 2016 auf - 490.000 € und einem Stellenbudget von 83,61 Stellen. Insgesamt werden für den Kulturetat im Jahr 2016 rd. 4,46 Mio. € zur Verfügung gestellt.

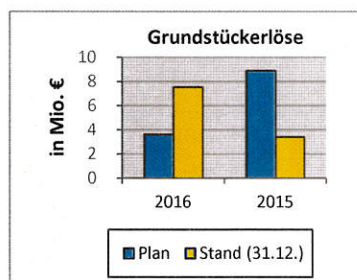
Die Mittel auf der Ertragsseite sind zum Jahresende zu 135,16 % (Vorjahr: 120,45 %) und auf der Aufwandsseite zu 161,01 % (Vorjahr: 131,18 %) bewirtschaftet. Durch Mittelum-schichtungen - insbesondere für die neue Bestuhlung der Stadthalle - wurden im Kulturbudget zusätzlich 386.650 € bereitgestellt.

Im Jahr 2015 konnte zudem ein Überschuss von 377.830 € erwirtschaftet und in das Jahr 2016 übertragen werden (Vorjahr: 607.763 €).

An dieser Stelle wird auf detaillierte Erläuterungen verzichtet, da die Leistungen der Kultur und der Ressourcenverbrauch regelmäßig im Rahmens eines Berichtswesens vom Kulturdezernat dargestellt werden.

2.2 Vermögenshaushalt

2.2.1 Einnahmen



Die Einnahmen aus **Grundstücks- und Gebäudeverkäufen** sind insgesamt mit 236,57 % (Vorjahr: 38,04 %) bewirtschaftet und liegen um 4,92 Mio. € über der Planung. Die höheren Einnahmen resultieren insbesondere aus dem Grundstückstausch mit dem Landkreis im Zusammenhang mit der Klinik, welcher im Jahr 2015 geplant, jedoch erst im Jahr 2016 abgewickelt werden konnte.

Bedingt durch die höheren Grundstückserlöse sind auch die Erschließungsbeiträge mit 118,56 % (Vorjahr: 71,32 %) bewirtschaftet. Bei den **Beiträgen** werden insgesamt Mehreinnahmen in Höhe von 470.000 € erwartet.

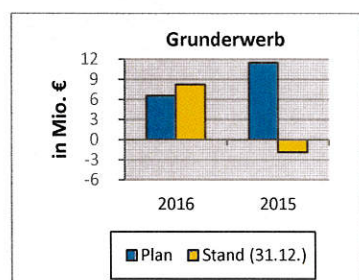
Bei den **Landeszuschüssen** zeichnen sich insgesamt höhere Einnahmen von 566.000 € ab. Der Zuschuss für den Roten Bau aus dem Städtebauförderprogramm wurde - entgegen der Planung - bereits im Jahr 2016 in voller Höhe ausbezahlt. Auch für den Neubau des Feuerwehrhauses konnten in diesem Jahr bereits um 159.000 € höhere Zuschüsse abgerufen werden. Dagegen wurde der geplante Zuschuss in Höhe von 75.000 € für die Sanierung der Sporthalle der Mali-Gemeinschaftsschule abgelehnt.

Die Zuschüsse des Landes für die Stadtsanierung werden nach Angaben des Bauverwaltungsamtes planmäßig eingehen.

2.2.2 Ausgaben

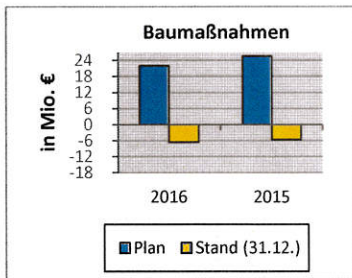
Die Deckung des Finanzbedarfs des Eigenbetriebs Stadtentwässerung erfolgt bis auf Weiteres über Trägerdarlehen der Stadt (Dr. Nr. 206/2007). Die im Jahr 2016 vorsorglich geplante **Darlehensgewährung** in Höhe von 2,00 Mio. € wird nicht benötigt. Gleiches gilt auch für die geplante Darlehensgewährung in Höhe von 2,00 Mio. € an die e.wa riss GmbH & Co. KG.

Bei den **Beteiligungen**, insbesondere der Rücklagenzuführung an die Stadtwerke GmbH, gehen wir von geringeren Ausgaben von 1,71 Mio. € aus, nachdem die Eigenkapitalstärkung für die Erweiterung des Parkhauses Ulmer Tor erst im Jahr 2017 zur Auszahlung kommt.



Für den Grunderwerb im Baugebiet Talfeld und im Bereich Vollmerstraße sowie für Grunderwerb im Ummendorfer Ried und für die Verbindung Mettenberger/ Ulmer Straße wurden 2,00 Mio. € überplanmäßig bereitgestellt (Dr. Nr. 165/2016). Zum Jahresende ergibt sich eine Überschreitung beim Grunderwerb von insgesamt 1,65 Mio. €. Darin enthalten ist auch der im Jahr 2015 geplante, jedoch erst im Jahr 2016 abgewickelte Tauschvertrag mit dem Landkreis im Zusammenhang mit der Klinik.

Beim **Erwerb von beweglichen Sachen** bleiben wir 500.000 € unter der Planung. Neben der Saalbestuhlung der Stadthalle, die in den Verwaltungshaushalt verschoben (Dr. Nr. 71/2016) wurde, verteilen sich kleinere Einsparungen auf verschiedene Einrichtungen.



Bei den **Baumaßnahmen** sind die aus dem Vorjahr übertragenen Haushaltsmittel (Haushaltsausgabereste) auch zum Jahresende noch nicht verbraucht (Bewirtschaftungsstand: -29,85 %; Vorjahr:

-22,20 %). Die Mehrkosten bei **Hochbaumaßnahmen** in Höhe von insgesamt 1,26 Mio. € für die Investitionsvorhaben Roter Bau, Feuerwehr, Erweiterung Kindergarten Stafflangen und Sr. Ulrika Nisch sowie die Machbarkeitsstudie Gastronomiefächen Stadthalle können durch Einsparungen bei anderen Hochbaumaßnahmen und der Verschiebung von Maßnahmen ins Folgejahr gedeckt werden.

Bei den **Tiefbau-** und Hochwassermaßnahmen sind insgesamt rd. 245.000 € an über- und außerplanmäßigen Ausgaben entstanden, u. a. für die Radwegplanung Bismarckring und die Querungshilfe in der Telawiallee. Diese Mehrausgaben können weitgehend durch Einsparungen bei anderen Tiefbaumaßnahmen gedeckt werden.

Insgesamt gehen wir davon aus, dass die Baumaßnahmen durch Verschiebung von Maßnahmen ins Folgejahr um 500.000 € unter der Planung abgeschlossen werden können. Für laufenden Maßnahmen werden die Restmittel in Form von Haushaltsausgaberesten ins Folgejahr übertragen.

Die sonstigen **Zuschüssen an Dritte** liegen 86.000 € unter der Planung. Die Abrechnung des Sportzentrums Stafflangen ist günstiger ausgefallen als erwartet.

Aktuell sind im Vermögenshaushalt 4.409.697 € (Vorjahr: 2.573.621 €) **über- und außerplanmäßig** bewilligt worden. Davon entfallen 2,00 Mio. € auf den Erwerb von Grundstücken (Dr. Nr. 165/2016), 1,26 Mio. € auf Mehrkosten bei Hochbaumaßnahmen, 367.000 € auf zusätzliche Vorhaben im Bereich Tiefbau, Stadtplanung und Stadtсанierung sowie 544.000 € auf die Zuführung von Eigenkapital an den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft. Die haushaltsmäßige Deckung der Mehrausgaben wurde in jedem Einzelfall nachgewiesen.

3. Kassenliquidität

Die Liquidität der Stadtkasse ist nach wie vor gut. Die derzeit nicht benötigten Mittel sind aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus überwiegend kurz- und mittelfristig angelegt. Darüber hinaus wurde im Sommer 2016 eine langfristige Geldanlage in Höhe von 30,0 Mio. € getätigt.

4. Zusammenfassung, Ergebnis

Die Entwicklung der Erträge im Verwaltungshaushalt ist im 4. Quartal doch deutlich besser als noch in der Planung oder im 3. Quartal unterstellt. Insbesondere bei der Gewerbesteuer konnte die Erwartung sogar noch übertroffen werden.

Auf der Aufwandsseite können derzeit nach Angaben der Fachämter keine wesentlichen Einsparungen erzielt werden. Den geringeren Personalaufwendungen stehen deutlich höhere Erstattungsinsen bei der Gewerbesteuer und überplanmäßige Aufwendungen, insbesondere für die Beseitigung von Hochwasserschäden, gegenüber.

Insgesamt rechnen wir derzeit damit, dass sich das **Ergebnis des Verwaltungshaushalts**, die Zuführung an den Vermögenshaushalt, in Höhe von geplanten 16,64 Mio. € um 12 - 15 Mio. € auf 29 - 32 Mio. € verbessern wird.

Auch die Einnahmesituation im Vermögenshaushalt wird sich aufgrund höherer Grundstückserlöse und Beiträge verbessern. Demgegenüber stehen auf der Ausgabenseite des Vermögenshaushalts höhere Ausgaben für den Grunderwerb sowie für Hochbau- und Tiefbaumaßnahmen. Die entsprechenden Mehrkosten wurden dem Gremium zur Beschlussfassung bereits vorgelegt.

Das **Ergebnis des Vermögenshaushalts** wird sich - insbesondere aufgrund der Verbesserung des operativen Ergebnisses - ebenfalls deutlich verbessern. Statt der geplanten Rücklagenentnahme in Höhe von 19,29 Mio. € wird eine Verbesserung von 22 - 25 Mio. € für möglich erachtet, mit der Folge, dass sich statt einer Entnahme aus der Rücklage eine Zuführung von 3 - 6 Mio. € ergeben wird.

Für das Jahr 2016 erwarten wir - entgegen der verhaltenen Prognose im 3. Quartal - insgesamt eine stabile und für Biberacher Verhältnisse entsprechend über dem Plan liegende Entwicklung der Finanzen der Stadt.

5. Ausblick und mittelfristige Perspektive

Gegenüber der Darstellung im Vorbericht zum Haushalt 2017 haben sich am Ausblick und an der mittelfristigen Perspektive nur hinsichtlich des Gewerbesteueraufkommens Veränderungen ergeben.

Diese Änderungen werden sich auf den Stand der Allgemeinen Rücklage auswirken. Auf der Basis des 3. Quartals 2016 wurde laut Hochrechnung noch ein voraussichtlicher Stand der Rücklage zum Jahresende 2016 von rund 131 - 133 Mio. € prognostiziert. So kann diese Zahl auf der Basis des 4. Quartals 2016 laut Hochrechnung jetzt auf 149 - 152 Mio. € verbessert werden.

Unabhängig davon werden die Mehreinnahmen des Jahres 2016 spürbare Folgen im Jahr 2018 in Form von höheren Umlagen an das Land und den Kreis haben. Diese sind in der mittelfristigen Finanzplanung zum Haushalt 2017 so noch nicht berücksichtigt.

Leonhardt